

März 2014

Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder,

2014 wird – beginnend mit der Wahl zum Europäischen Parlament Ende Mai – für die europäischen Organe ein Jahr der Erneuerung sein. Die europäischen Parteien stellen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission auf. Inwieweit dieser Prozess die Wahlkampagne politisch beleben oder europäisieren wird, bleibt abzuwarten. Er ist aber dennoch wichtig, weil er erstmals die Aussicht auf eine Reihe von Debatten bietet, in denen es hoffentlich zur Abwechslung einmal um europäische Angelegenheiten gehen wird.

Die Kommentare zu den Wahlen haben sich bislang vor allem darauf konzentriert, dass ein Erstarken populistischer und euroskeptischer linker und rechter Parteien in der gesamten Europäischen Union zu befürchten ist. Sie werden voraussichtlich mehr MdEP stellen als jemals zuvor, womöglich zwischen einem Viertel und einem Drittel der zu besetzenden Sitze. Da sie in einem derartigen Ausmaß im EP vertreten sind, könnten diese Kräfte – wenn sie kohärent und gut organisiert sind, was nicht selbstverständlich ist – erheblichen Einfluss ausüben, und zwar sowohl direkten Einfluss aufgrund ihrer Größe als auch indirekten Einfluss insoweit, als die anderen Fraktionen in ihren politischen Reaktionen versuchen werden, sich nicht gegenüber Kräften zu ihrer Linken oder zu ihrer Rechten zu exponieren.

Diese Aspekte machen die bevorstehende Wahl besonders spannend. Der Europäische Rat muss die Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament bei der Ernennung des nächsten Kommissionspräsidenten berücksichtigen, doch dabei ist der Rat nicht unbedingt gehalten, sich an die Präferenzen der europäischen Parteien oder des Europäischen Parlaments zu halten. Man könnte ein hohes Maß an politischen Absprachen bei der Ernennung wichtiger Amtsinhaber nach den Wahlen erwarten, da der Rat unter umfassender Achtung des Wahlergebnisses versuchen wird, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Parteien und zwischen Männern und Frauen zu erreichen.

Bis zu 400 Millionen Wähler werden wahlberechtigt sein, doch bei den letzten sieben Wahlen zum EP ist die Wahlbeteiligung langfristig zurückgegangen. Die Rolle des Europäischen Parlaments wurde durch die aufeinander folgenden Vertragsänderungen kontinuierlich gestärkt, wobei sein institutionelles Gewicht und seine „konstitutionelle“ Legitimität vergrößert wurden, doch seine längerfristige demokratische Legitimität kann nur schwächer werden, wenn die Zahl der Nichtwähler weiterhin so hoch bleibt.

Die Dynamik nach der Wahl beginnt mit dem und im Europäischen Parlament selbst. Wird der Europäische Rat durch informelle Absprachen versuchen, die Ernennung des nächsten EP-Präsidenten in seinem Zuständigkeitsbereich zu prüfen, oder wird das EP weiterhin so wie in der Vergangenheit diese Ernennung ausschließlich in internen Absprachen regeln? Von der Antwort auf diese Frage könnte abhängen, ob erstmals ein Kandidat für das Amt des EP-Präsidenten fünf Jahre im Amt bleiben wird und nicht nur zweieinhalb Jahre wie bisher.

Nach seiner konstituierenden Sitzung wird es die erste große Aufgabe des Parlaments sein, einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zu wählen. Wenn sich die Erwartungen bezüglich eines größeren Anteils populistischer und euroskeptischer Mitglieder erfüllen, dann wird dies der breiten politischen Mitte die besondere Verantwortung auferlegen, eine Vision zu gestalten und auch in der Lage zu sein, sie – gemeinsam mit der nächsten Kommission und ihrem Präsidenten während der kommenden fünf Jahre – umzusetzen.

Die breite Mitte selbst besteht aus unterschiedlichen politischen Kräften aus linken, rechten und Mitteparteien. Dies ist der Raum, in dem die Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit

gestaltet werden müssen. Dies sind die Stimmen, die dem Europäischen Parlament sein Gewicht als Mitgesetzgeber mit dem Rat verleihen. Dabei handelt es sich keinesfalls um einen einfachen Prozess. Die proeuropäischen Kräfte selbst sind nicht homogen, nicht zuletzt hinsichtlich der allgemeinen Ausrichtung, wie das Europa der Zukunft gestaltet werden soll. Man kann zumindest eine Trennlinie innerhalb dieser breiten Gruppe ausmachen zwischen denjenigen, die eine föderalistischere Zukunft für die EU sehen, und denjenigen, die für einen leichteren Ansatz auf der Grundlage der Regierungszusammenarbeit eintreten.

Wie immer können die ehemaligen Mitglieder mit ihrer Erfahrung und ihrem Hintergrundwissen durch Plattformen der Parteien oder der Zivilgesellschaft eine Rolle bei der bevorstehenden Wahl spielen, nicht zuletzt indem sie erklären, was das EP tut, wie es arbeitet und warum Wählen so wichtig ist. In diesem Zusammenhang finden Sie vielleicht die Webseite des Europäischen Parlaments www.elections2014.eu informativ und hilfreich.

In dieser Ausgabe des Bulletins finden Sie Berichte und Fotos von unseren Aktivitäten der letzten Zeit wie etwa unserem jährlichen Cocktail-Dinner, bei dem Aleksander Kwaśniewski, der ehemalige Präsident Polens, eine Ansprache hielt. Er informierte uns über die Sonderbeobachtungsmission des EP in der Ukraine und legte seine Sicht der Beziehungen zwischen der EU und Russland dar.

Drei ehemalige spanische Präsidenten des Europäischen Parlaments veröffentlichten ein Manifest, das in Spanien weite Verbreitung gefunden hat. Der Redaktionsausschuss stimmte seiner Veröffentlichung in dieser Ausgabe zu, räumt jedoch ein, dass es die Ansichten der Verfasser wiedergibt und kein vom VEM angenommenes politisches Dokument ist.

Nach der Wahl zum Europäischen Parlament plant der VEM am 2. und 3. Juni einen Besuch beim Internationalen Strafgerichtshof und bei Europol in Den Haag. Die Mitglieder werden auch die Möglichkeit haben, vor dem offiziellen Programm an einem fakultativen Besuch bei Eurojust teilzunehmen. Sollten Sie Interesse an dieser Reise im Juni haben, füllen Sie bitte das in dieser Ausgabe enthaltene Anmeldeformular aus und senden es an das Sekretariat.

Das „EP-to-Campus“-Programm läuft dank der Bereitschaft der Mitglieder, zu dieser wertvollen Initiative beizutragen, weiterhin sehr erfolgreich. Wir veröffentlichen zwei Berichte über die Arbeiten des letzten Jahres und freuen uns auf die weitere erfolgreiche Zusammenarbeit mit Universitäten und Schulen in der nächsten Wahlperiode.

Am Nachmittag des Dienstag, 8. April wird der Verein zusammenkommen, um der ehemaligen Kollegen zu gedenken, die im letzten Jahr verstorben sind. Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch, wird die Abschlussrede halten. Darauf folgen ein Empfang und die Dinner-Debatte. Die Jahresversammlung findet am Mittwoch, 9. April statt. Dabei werden fünf Vorstandsmitglieder gewählt und es wird über eine vorgeschlagene Änderung der Statuten abgestimmt.

Nachdem ich das Privileg hatte, zweimal für einen Zeitraum von vier Jahren in den Vorstand und zum Vorsitzenden des Vereins gewählt zu werden, möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um all denjenigen unter Ihnen, die ich durch unsere gemeinsame Arbeit kennengelernt habe, für Ihr Engagement und die Unterstützung des Vereins zu danken. Ich werde dieses Jahr nicht zur Wahl in den Vorstand antreten und damit das bewährte Verfahren hinsichtlich der Führungsgremien respektieren, und ich freue mich auf den Übergang zu einem neuen Vorsitz für den Verein. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch unserer Generalsekretärin, Elisabetta Fonck, und unserem wunderbaren Mitarbeiterstab für ihr Engagement und ihre Professionalität danken. Ich freue mich darauf, weiterhin die Früchte unserer gemeinsamen Bemühungen als Mitglieder des VEM zu genießen.

Mit besten Grüßen

Pat Cox
Vorsitzender des VEM

Fiction in TV and Cinema as essential elements for cross-border exchange of ideas about European societies and our values.

In seiner Wiener Rede vom 4. April 2013 nannte Präsident Baroso die Kultur den „Kitt, der Europa zusammenhält“. Er betonte, dass das europäische Projekt nicht allein ein politisches, sondern auch ein kulturelles Projekt ist. Eine europäische Kultur kann und darf natürlich keine Einheitskultur zum Ziel haben, indem sie Unterschiede leugnet oder nivelliert, einen „Europudding“ wollen wir nicht - im Gegenteil: unser großer Schatz in Europa sind gerade die Unterschiede, die Vielfalt, die Kontraste, auch die Spannungen.

Wir können aber diesen gemeinsamen Schatz nur heben auf der Basis unseres gemeinsamen europäischen Wertesystems, basierend vor allem auf den Werten „Frieden, Freiheit und Toleranz“. In der derzeitigen Krise hat die europaweite Verständigung über unser Wertesystem eine besondere Bedeutung.

Kultur kann diese Verständigung vermitteln, sie muss aber auch die Grenzen des scheinbar Faktischen, die Grenzen des Machbaren, der Ideologien oder des überhaupt schon Formulierten überschreiten. In besonderer Weise kann das die Fiktion leisten. Filme im Kino und im Fernsehen erzählen berührende, witzige, spannende Geschichten mit komplexen Zusammenhängen sie können Verstand und Emotionen der Zuschauer gleichermaßen ansprechen und daher mehr bewirken als Reportagen, Nachrichten, Dokumentationen.

Einige Beispiele: Heinrich Breloer hat eine filmische Mischform zur Perfektion entwickelt, das Dokudrama oder wie er und sein Weggefährte Horst Königstein es nannten. die „offene Form“. In „Die Manns“ über Thomas Mann und seine Familie und in dem zur Zeit in Entwicklung befindlichen Zweiteiler über das Leben Bertolt Brechts schafft er es, in einer Mischung aus Zeitzeugen-Berichten und Hochglanz-Filmszenen, deutsche Kultur einem breiten Fernsehpublikum nahezubringen und die Widersprüchlichkeit von Künstler-Persönlichkeiten und historischen Entwicklungen aufzuzeigen. Wir haben diesen Fernsehreihe weltweit verkaufen können und z.B. den Internationalen EMMY für „Die Manns“ bekommen.

Der Fernsehfilm „Der letzte schöne Tag“ beginnt mit dem Suizid einer jungen, seit langem depressiven Mutter und behandelt die schwere Zeit, die die verlassene Familie nun zu bewältigen hat, bis sie die erste Lebensfreude zurückgewinnt. Der Film war beim Publikum und bei den Jurys aller deutschen Fernsehpreise ein Riesenerfolg.

Der Film „Im Netz“ behandelt das Thema Identitätsdiebstahl via Internet in Form eines Psychothrillers. Eine junge Managerin gerät in Verdacht, eine terroristische Vereinigung zu unterstützen, weil ihre Daten für deren Transaktionen abgegriffen wurden. Im Anschluss an die Ausstrahlung machte eine Dokumentation deutlich, dass dies keineswegs ein Zukunftsszenario ist. Kurz danach begann die Aufdeckung der NSA-Affäre.

Ganz Deutschland war geschockt über die sog. „NSU“-Morde und über deren so späte Aufklärung. Mehr als zehn Jahre lang konnten die Familien der Opfer, allesamt Migranten, ihren Verdacht, dass die Morde einen rechtsradikalen Hintergrund hatten, nicht beweisen. Waren das Ermittlungsspannen, war der Verfassungsschutz verwickelt, wurde die Aufklärung verhindert? Die ARD hat sich entschlossen, einen Dreiteiler darüber zu entwickeln.

Kino- und Fernsehfilme haben einen deutlichen Einfluss gehabt auf unsere Aufarbeitung der deutschen Teilung und Wiedervereinigung wie Christian Petzolds Film „Barbara“ oder die Fernseh-Verfilmung des Romans „Der Turm“, der mörderischen Nazivergangenheit wie in dem ZDF-Dreiteiler „Unsere Mütter, unsere Väter“ oder Margarethe von Trotts Kinofilm

„Hannah Arendt“. Das Bedürfnis, sich im Kino und Fernsehen intellektuell und emotional zu beschäftigen scheint mehr denn je vorhanden zu sein.

Wim Wenders sagte 2006 in Berlin bei der Konferenz „Europa eine Seele geben“:

“We are living in the age of the image. ... Words, music, literature, books, newspapers, rock’n roll, theatre... nothing comes even close to the authority of moving images, in cinema and television.“ Der „amerikanische Traum“, so Wenders, sei in Wirklichkeit eine Erfindung des Kinos gewesen. Wer aber träume, so fragt er, den „Europäischen Traum“? Wir träumten in unseren Kinos immer noch den amerikanischen Traum weiter.

In der EU werden pro Jahr bis zu 1.300 Kinofilme gedreht, in USA 800!

Zu verdanken haben wir diese auf den ersten Blick florierende europäische Filmindustrie einem europaweit regulierten, aber national basierten System von Förderungen, darüber hinaus auch einigen europäischen Förderungen. Gerade aktuell ist die europäische Förderstrategie noch einmal liberaler neu formuliert worden.

Europaweit bringen die nationalen Filmförderungen insg. 3 Mrd. € auf, zusätzlich bringt die Eu-Filmförderung des Media Programms 755 Mio € auf, mit denen sie den „europäischen Mehrwert“ fördern will.

Eurimage, die Kulturförderung des Europäischen Parlaments, gibt im Jahr 25 Mio € für die Unterstützung einer limitierten Anzahl von Filmen aus.

Neu ist vor allem, dass der Verwertungsweg genau so wichtig genommen wird wie die Filmproduktion selbst und dass die Erhaltung des Filmerbes an Bedeutung gewinnt.

Dies scheint mir ein Schritt in die richtige Richtung zu sein!

Viele Filmemacher, Filmproduzenten und Verleiher sagen inzwischen, dass zu viele Filme entstehen, die vielen kleinen nationalen Filme können den amerikanischen Blockbustern gegenüber nicht bestehen. Mit anderen Worten: die Filme haben kein Publikum, schon gar nicht ein europäisches. Hier haben europäische Preise und Festivals eine wichtige Funktion!

Wenn wir aber sagen, unsere kulturellen Erzeugnisse sind der „Kitt“, der uns zusammen hält, so müssen wir zu einem viel höheren Maß an kulturellem Austausch kommen in Europa.

Und nun will ich einmal einen europäischen Traum träumen.

Die Zukunft des kulturellen Austauschs in Europa könnte das Internet sein, als neuer Verbreitungsweg der vielen Tausend Filme, die jedes Jahr in Europa entstehen. Ich träume von einer europäischen Mediathek, einer -Internet-Plattform, in der alle europäischen Kino- und Fernsehfilme auffindbar wären.

Das aktuelle MEDIA-Programm „Kreatives Europa“ hat aus meiner Sicht die richtige Richtung eingeschlagen, indem es den Austausch, die Verbreitung und das Erreichen eines neuen europaweiten Publikums in den Fokus nimmt.

Dr. Barbara Buhl

**Head of Department
TV Movie and Motion Pictures
German Television
WDR**

Europa – hautnah

Sehr geehrte Former Members,
an dieser Stelle steht ein Artikel, den es in dieser Form wohl nicht in jeder Ausgabe gibt: Gedanken einer jungen deutschen Studentin zum Europaparlament. Mein Name ist Mira Seegemann, ich studiere Integrierte Europastudien an der Universität Bremen und hatte im Dezember 2013 die Möglichkeit, mit Brigitte Langenhagen das Europaparlament und den FMA-Workshop European values: who we are and what we stand for! zu besuchen.

Dafür bin ich sehr dankbar und teile natürlich gerne meine Eindrücke mit Ihnen: Nach unserer Ankunft und einem Spaziergang über den Brüsseler Weihnachtsmarkt sowie ein wenig Sightseeing betrat ich am nächsten Morgen zum ersten Mal das Europäische Parlament. Ich muss zugeben, dass ich selbst ein wenig überrascht war, wie sehr mich dies beeindruckte! Nun kann ich das, was ich zu Hause in den Nachrichten höre und gerade in meinem Studium tagtäglich von dieser Institution erfahre, besser umsetzen.

Zuerst hörte ich mir die Buchpräsentation von Anatol Lyabedzka über sein Buch „108 Days and Nights Spent in KGB Jail“ an und bekam das Gefühl, dass ich doch kaum etwas über Weißrussland und die dortige politische Lage weiß. Seine Geschichte berührte mich sehr, und im Nachhinein bleibt mir der Respekt vor einem derartig mutigen und eindrucksvollen Mann, der für seine politische Meinung einsteht, wenngleich er sich damit tagtäglich selbst in Gefahr bringt. Beim FMA Get-together-Lunch hatte ich das Glück, einen ehemaligen Abgeordneten, nämlich Jan Willem Bertens, kennen zu lernen, welcher sich mir als niederländischer George Clooney vorstellte.

Das danach folgende Seminar war sehr spannend! Ich war, unter anderem, sehr angetan von den Reden von Viviane Reding und Doris Pack. Gerade Frau Packs Beitrag zum Thema Bildung mit Bezug auf das Programm Erasmus+ war für mich als Studentin natürlich sehr interessant. Wobei ich jedoch feststellen musste, dass ich von einigen Programmen des EU Parlamentes noch nichts gehört hatte, welche gerade Menschen in meinem Alter und in meiner Situation ansprechen, obwohl ich mich als politikinteressiert bezeichnen würde und Zeitung lese. Somit wurde mir klar, dass hier doch ein großes Informationsdefizit besteht, woran wahrscheinlich nicht nur ich als Person schuld bin.

Ich fühlte ich mich sehr geehrt, zwischen derart bedeutenden Menschen wie Ihnen zu sitzen, und mir wurde klar, wie sehr mein Leben in Bremen (Deutschland) von den Entscheidungen aus Brüssel geprägt ist, ohne dass ich es normalerweise merke.

Bei dem abendlichen Dinner hatte ich das Vergnügen, Pat Cox und Aleksander Kwaśniewski, dem ehemaligen polnischen Präsidenten, zuzuhören, welche auch über die momentane Lage in der Ukraine sprachen. Das war sehr aufschlussreich, gerade da beide Herren zuvor Julija Tymoschenko in ihrer Haft besucht hatte. Daraus resultierte auch meine Frage, wie die EU mit dem großen Einfluss Putins umgehen soll und ob es überhaupt möglich sei, diesen zu beschränken. Für die lange, ausführliche Antwort möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal bedanken.

Am darauf folgenden Tag der Abreise, welche durch den aufkommenden Sturm „Xaver“ erschwert wurde, ging es für mich zurück in mein Leben. Mir wurde jedoch klar, dass dies mit Sicherheit nicht mein letzter Besuch im Parlament gewesen ist; vielleicht waren der Sturm und die damit entstandenen Komplikationen ja auch einfach ein Zeichen an mich, dass Brüssel mich nicht gehen lassen wollte.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen, dass ich Ihrem FMA-Treffen beiwohnen und das EU Parlament hautnah erleben durfte.

Auf ein baldiges Wiedersehen

Mira Seegemann

„Diesmal ist es anders“

Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden vom 22. bis 25. Mai 2014 stattfinden.

Sie werden zum ersten Mal nach dem Regelwerk des Vertrags von Lissabon abgehalten. Ist dies ein technisches Detail, das ausschließlich Experten für die Europäische Union und erfahrene Professoren für Verfassungsrecht interessiert?

Die Antwort darauf lautet eindeutig: „Nein“. Diese Wahlen sind anders, und der Unterschied – der mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt wurde, aber jetzt von Politikern genutzt wird – betrifft wirklich alle Unionsbürger und -bürgerinnen. Zum ersten Mal handelt es sich nicht bloß um Wahlen zum Europäischen Parlament, sondern um wirklich europäische Wahlen.

Zum ersten Mal wird das Wahlergebnis festlegen, wer in den nächsten fünf Jahren regieren und wer die Politik der EU und der Einzelstaaten bestimmen wird. Wie Sie wissen, entsteht durch die Wahlen eine direkte Verbindung zwischen der Stimme der Bürger und der Bildung der Regierung. Die Wahl für eine politische Familie und somit gegen eine andere hat Einfluss darauf, wer zum Präsidenten der Kommission, der den Vorsitz beim Tagesgeschäft der EU innehat, gewählt wird.

Die größten europäischen Parteien haben bereits angekündigt, dass sie für diese Arbeit paneuropäische Spitzenkandidaten zur Wahl stellen und somit zu mehr Transparenz beitragen wollen. Diese historische Stärkung der europäischen Demokratie ist sehr willkommen.

Zudem wurden die Befugnisse des Europäischen Parlaments mit jedem neuen Vertrag erweitert und machten es somit zu einer mächtigen Rechtsetzungsinstanz. Es ist heute das einflussreichste Parlament in Europa und das einzige Organ der EU, das die Bürger direkt wählen können. Gemeinsam mit dem Rat nimmt es einen Großteil der EU-Rechtsvorschriften an, die die Bürger direkt betreffen.

In den letzten Tagen dieser Wahlperiode hat das Europäische Parlament zum Beispiel Rechtsvorschriften in zweistelliger Zahl verabschiedet, die den Alltag der Bürger betreffen, angefangen vom Haushaltsplan der EU über die Regulierung der Tabakwerbung bis hin zur Bankenunion.

Außerdem zeigt Europa – im Gegensatz zur Wahlkampagne 2009 – jetzt Interesse. Das ist an der Basis zu spüren, in den Europas Städten, in den Regionen und Wahlkreisen. Durch die Krise ist den Bürgern bewusst geworden, dass die EU nicht nur eine Institution ist, die den Mitgliedstaaten Geld gibt, damit Straßen und Schulen gebaut werden können, sondern ein Exekutivorgan mit der Befugnis, Entscheidungen zu treffen, die die Bürger direkt berühren. All dies sind Gründe, hoffnungsvoll auf die kommenden Wahlen zu blicken. In den Medien wurde vor sieben Monaten mit der Berichterstattung über die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament begonnen, was vor fünf Jahren noch undenkbar gewesen wäre.

Paradoxerweise hat die Krise auch dazu beigetragen, dass die Medien einen engeren Blickwinkel auf die Europäische Union haben. Die Bürger nehmen die Organe oftmals negativ wahr, da sie Überschriften wie „Die EU sagt“, „Die EU hat entschieden...“ oder „Brüssel zwingt Griechenland...“ lesen. In jedem dieser Fälle steht „Brüssel“ oder „Europa“ für etwas anderes: die Europäische Kommission, das Europäische Parlament oder die in Brüssel vertretenen nationalen Regierungen an dem jeweiligen Tag.

Ein Beispiel hierfür stammt aus der Zeit der Rettungspakete für Griechenland und Portugal, in der Kritiker „Sparmaßnahmen“ mit „Europa“ oder der „EU“ in Verbindung brachten. Dennoch sollte diese Art der Kritik nicht an die wirklichen EU-Organen gerichtet werden, sondern vielmehr an die Staats- und Regierungschefs der einzelnen EU-Mitgliedstaaten, die für die Maßnahmen gestimmt und diese gebilligt haben.

Im Bereich der Aufklärung der Bürger über die Funktionsweise der EU und die mit ihr verbundenen Herausforderungen gibt es noch immer viel zu tun. Fünf Monate vor den Wahlen zum Europäischen Parlament ist diese gemeinsame Aufgabe von allen EU-Organen, Medien und Politikern wichtiger denn je.

Im Parlament arbeiten wir hart an einer Informationskampagne, die das Bewusstsein der Bürger erweitern und deren Interesse für diesen Tag der europäischen Demokratie wecken soll.

Ob sie an die Wahlurnen gehen werden, wird aber trotz allem davon abhängen, was ihre eigenen Parteien, Kandidaten und Medien, die in der Lage sind, Menschen zu mobilisieren, ihnen sagen. Hoffen wir auf eine klare und angeregte politische Kampagne in den nächsten Monaten.

Jaume Duch-Guillot
Sprecher des Europäischen Parlaments

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Freunde,

Vielen Dank für Ihre Einladung, mich in den Spalten dieser Frühjahrsausgabe nur einige Wochen vor den Wahlen zum Europäischen Parlament zu Wort kommen zu lassen.

Diese Wochen sind in vielfacher Hinsicht entscheidend. Sie markieren das Ende einer Wahlperiode. Wir sind – oder wir waren, für all diejenigen unter uns, die nicht länger Abgeordnete des Europäischen Parlaments sind – für ein fünfjähriges Mandat gewählt worden. Das ist die Macht unserer Demokratie: Nach Ablauf dieses Zeitraums stellen wir uns jedes Mal wieder vor die Wähler, präsentieren unsere Arbeit, beantworten ihre Fragen und erläutern unser Handeln. Es ist an den Wählern selbst, ihre Zukunft zu bestimmen und hierfür ihre Vertreter auszuwählen.

Die Bürger haben die Wahl

Ich denke hierbei an den Schutz der personenbezogenen Daten; dieses Thema ist in den letzten Monaten intensiv erörtert worden und betrifft in erster Linie unsere Wähler – es liegt nun an ihnen, für die Frauen und Männer zu stimmen, die ihre Rechte am besten vertreten.

Ich wage zu behaupten, dass die Wahlen in diesem Jahr noch viel wichtiger sind, wenn man die außerordentlichen Maßnahmen bedenkt, die wir im Laufe unseres Mandats haben verabschieden müssen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, von der unsere Mitgliedstaaten seit 2007 betroffen sind, hat von den politischen Führungspersonlichkeiten in Europa eine nie dagewesene Reaktion verlangt. Wir mussten sehr schnell weitreichende Integrationsmaßnahmen verabschieden. Diese beginnen, Früchte zu tragen, wie man am Beispiel Irland sehen kann, wo es gelang, das Hilfsprogramm Ende 2013 zu verlassen. Die Maßnahmen sollten trotzdem einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Aus diesem Grund

sind diese Wochen die Stunde der Wahrheit für die Vertreter der Politik, die ihren Wählern ihre Tätigkeit vorstellen.

Eine Verwaltung der Krise, die unter den Augen unserer Bürger Früchte trägt
Diese Wochen markieren auch den Höhepunkt unserer Bemühungen um die Information und Sensibilisierung unserer Mitbürger. Dabei geht es nicht um eine einmalige Anstrengung, sondern vielmehr um die Ergebnisse jahrelanger Arbeit. Die Dienststellen unserer Organe arbeiten im Alltag eng zusammen, insbesondere im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament. Ihr Engagement ist in ganz Europa zu spüren; denn viele hundert Kollegen arbeiten in den Informationszentren Europe Direct, den Informationsbüros des Europäischen Parlaments und den Vertretungen der Kommission sehr bürgernah.

Durch diesen Wunsch nach Kontakt mit den Bürgern entstand ein mit großem Engagement geführter Dialog mit den Bürgern, der im Herbst 2012 in Spanien angestoßen wurde und der seither in ganz Europa im Rahmen unseres Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger stattfindet. Gemeinsam mit dem Präsidenten der Kommission, den Mitgliedern der Kommission, den Mitgliedern des Europäischen Parlaments, gewählten Mandatsträgern auf nationaler und kommunaler Ebene sowie Regierungsmitgliedern haben wir uns auf den Weg gemacht, um den Bürgern zuzuhören und mit ihnen zu diskutieren. Im Zeitalter der sozialen Medien haben wir diese Initiative unter Einsatz aller Kommunikationswege fortgesetzt, um so viele Menschen wie möglich zu erreichen, insbesondere auch die jüngsten.

Die Bürger im Mittelpunkt, jeden Tag

Denn wir sind es, die gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments – derzeitige oder ehemalige – die jeden Tag die Verbindung zwischen Europa und seinen Bürgern herstellen. In ihren Augen sind oftmals wir die konkreten Vertreter der sonst so abstrakten Tätigkeit, die aus dem Räderwerk hervorgeht.

Das ist eine Ehre und auch, wie ich glaube, eine Pflicht: die Pflicht, zuzuhören, zu antworten, jedem, der uns begegnet, konkrete Beispiele zu nennen, und das jeden Tag, damit die Bürger sich über die Bedeutung und den Umfang der Macht, die sie in ihren Händen halten, im Klaren sind: die Macht, über die Zukunft Europas zu entscheiden.

**Gastbeitrag von Viviane Reding
Vizepräsidentin der Europäischen Kommission,
verantwortlich für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft**

Lettlands Beitritt zur Währungsunion
Krišjānis Kariņš, MdEP EVP (Lettland)

Wie viele andere Länder in der Welt hat auch Lettland seinen Anteil an Problemen und Instabilität durchlebt. Als der größte Teil Europas sich 1945 darüber freute, dass der Krieg zu Ende und die Demokratie gesichert war, erlitt Lettland 50 Jahre lang das Joch der sowjetischen Besatzung, die 1991 endete. Als Lettland seine Unabhängigkeit wiedererlangte, musste das Land seine vor langer Zeit verloren gegangenen demokratischen Einrichtungen neu einrichten und eine Marktwirtschaft einführen, die die Planwirtschaft unter sowjetischer Herrschaft ersetzen sollte.

1990 war die gültige Währung der sowjetische Rubel, der zunächst (vorübergehend) durch den lettischen Rubel und schließlich durch den Lats ersetzt wurde. Die (neue) nationale Währung war für viele Letten ein Symbol der neuen Unabhängigkeit. Das Hauptziel aller Regierungen, nachdem sie ihre Unabhängigkeit wiedererlangt hatten, war es, Lettland

vollständig in seine europäische Familie zu reintegrieren. Durch die Schaffung demokratischer Einrichtungen und durch Marktreformen war Lettland bestrebt, sich Europa immer mehr anzunähern und sich von seinem früheren Besatzer Russland zu distanzieren. 2004 konnte in doppelter Hinsicht ein großer Fortschritt verzeichnet werden: Lettland wurde Mitglied sowohl der Europäischen Union als auch der NATO.

Als die Weltfinanzkrise vier Jahre später, 2008, eintrat, war Lettland schlecht vorbereitet. Obwohl das staatliche Schuldenniveau unter 10% des BIP lag, glaubte man auf institutioneller Ebene nicht an die Schaffung von Haushaltsüberschüssen. Als Lettland nämlich gezwungen wurde, seine zweitgrößte Bank zu übernehmen, trockneten die internationalen Geldmärkte aus und weigerten sich, der Regierung das nötige Geld zu leihen. Als der IWF und die EU intervenierten, stürzte die Regierung und Dombrovskis wurde gebeten, die Macht zu übernehmen. Im Namen einer Sparpolitik leitete er massive Reformen ein, dank derer der nationale Haushalt stabilisiert werden und das Land zu anhaltendem Wachstum zurückkehren konnte. Dombrovskis lehnte es ab, den Lats abzuwerten, und legte damit eine klare Strategie des Ausstiegs aus dem Lats für Lettland fest, das nun 2014 dem Euro-Währungsgebiet beitrug.

Zuerst vertraten die meisten Kritiker die Auffassung, der von Lettland eingeschlagene Kurs sei unmöglich. Man könne dies nicht tun. Was die Kritiker nicht bedachten, war der kollektive Sinn für Geschichte und Schicksal der Mehrheit der Menschen in Lettland. Wir hatten keine Schwierigkeiten damit, zu verstehen, dass man nicht ausgeben kann, was man nicht besitzt. Dombrovskis wurde nämlich zweimal gewählt, damit er seine Reformen weiter durchführen konnte; er war der Premierminister Lettlands, der am längsten im Amt war. In diesem Zusammenhang ist es interessant, darauf hinzuweisen, dass Lettland bei seiner Bewertung, die vorgenommen werden musste, bevor das Land als Mitglied des Euro-Währungsgebiets akzeptiert wurde, als eines der drei besten Referenzländer in der EU galt. Die Reformen hatten funktioniert. Die Wirtschaft war gesund. Lettland war bereit, den letzten Schritt zu seiner Integration in die EU zu tun und dem Euro-Währungsgebiet beizutreten.

Am 1. Januar um Punkt Mitternacht wurde Lettland das 18. Mitglied des Euro-Währungsgebiets. Es war eine Zeit gemischter Gefühle. Der Lats, Symbol der nationalen Unabhängigkeit, wurde jetzt durch den Euro ersetzt. Gleichzeitig verstanden alle, dass wir jetzt vollständig in Europa integriert waren – ein Ziel, das wir in den vergangenen 22 Jahren stets angestrebt hatten. Auch ist es für die meisten Letten ein sehr schönes Gefühl, wenn sie ihre nationalen Symbole auf den Euro-Münzen sehen. Das erinnert uns daran, dass unsere Währung mit dem Euro verschmolzen ist, um ein stabileres Ganzes zu bilden. Wir verstehen vollkommen, dass die beste Chance für Europa, um wirtschaftlichen Wohlstand für alle zu erreichen und langfristig Frieden und Stabilität zu sichern darin besteht, zusammenzuhalten.

Lettlands Beitritt zur Währungsunion

Wie viele andere Länder in der Welt hat auch Lettland seinen Anteil an Problemen und Instabilität durchlebt. Als der größte Teil Europas sich 1945 darüber freute, dass der Krieg zu Ende und die Demokratie gesichert war, erlitt Lettland 50 Jahre lang das Joch der sowjetischen Besatzung, die 1991 endete. Als Lettland seine Unabhängigkeit wiedererlangte, musste das Land seine vor langer Zeit verloren gegangenen demokratischen Einrichtungen neu einrichten und eine Marktwirtschaft einführen, die die Planwirtschaft unter sowjetischer Herrschaft ersetzen sollte.

1990 war die gültige Währung der sowjetische Rubel, der zunächst (vorübergehend) durch den lettischen Rubel und schließlich durch den Lats ersetzt wurde. Die (neue) nationale Währung war für viele Letten ein Symbol der neuen Unabhängigkeit. Das Hauptziel aller Regierungen, nachdem sie ihre Unabhängigkeit wiedererlangt hatten, war es, Lettland vollständig in seine europäische Familie zu reintegrieren. Durch die Schaffung demokratischer Einrichtungen und durch Marktreforemen war Lettland bestrebt, sich Europa immer mehr anzunähern und sich von seinem früheren Besatzer Russland zu distanzieren. 2004 konnte in doppelter Hinsicht ein großer Fortschritt verzeichnet werden: Lettland wurde Mitglied sowohl der Europäischen Union als auch der NATO.

Als die Weltfinanzkrise vier Jahre später, 2008, eintrat, war Lettland schlecht vorbereitet. Obwohl das staatliche Schuldenniveau unter 10% des BIP lag, glaubte man auf institutioneller Ebene nicht an die Schaffung von Haushaltsüberschüssen. Als Lettland nämlich gezwungen wurde, seine zweitgrößte Bank zu übernehmen, trockneten die internationalen Geldmärkte aus und weigerten sich, der Regierung das nötige Geld zu leihen. Als der IWF und die EU intervenierten, stürzte die Regierung und Dombrovskis wurde gebeten, die Macht zu übernehmen. Im Namen einer Sparpolitik leitete er massive Reformen ein, dank derer der nationale Haushalt stabilisiert werden und das Land zu anhaltendem Wachstum zurückkehren konnte. Dombrovskis lehnte es ab, den Lats abzuwerten, und legte damit eine klare Strategie des Ausstiegs aus dem Lats für Lettland fest, das nun 2014 dem Euro-Währungsgebiet beitrug.

Zuerst vertraten die meisten Kritiker die Auffassung, der von Lettland eingeschlagene Kurs sei unmöglich. Man könne dies nicht tun. Was die Kritiker nicht bedachten, war der kollektive Sinn für Geschichte und Schicksal der Mehrheit der Menschen in Lettland. Wir hatten keine Schwierigkeiten damit, zu verstehen, dass man nicht ausgeben kann, was man nicht besitzt. Dombrovskis wurde nämlich zweimal gewählt, damit er seine Reformen weiter durchführen konnte; er war der Premierminister Lettlands, der am längsten im Amt war. In diesem Zusammenhang ist es interessant, darauf hinzuweisen, dass Lettland bei seiner Bewertung, die vorgenommen werden musste, bevor das Land als Mitglied des Euro-Währungsgebiets akzeptiert wurde, als eines der drei besten Referenzländer in der EU galt. Die Reformen hatten funktioniert. Die Wirtschaft war gesund. Lettland war bereit, den letzten Schritt zu seiner Integration in die EU zu tun und dem Euro-Währungsgebiet beizutreten.

Am 1. Januar um Punkt Mitternacht wurde Lettland das 18. Mitglied des Euro-Währungsgebiets. Es war eine Zeit gemischter Gefühle. Der Lats, Symbol der nationalen Unabhängigkeit, wurde jetzt durch den Euro ersetzt. Gleichzeitig verstanden alle, dass wir jetzt vollständig in Europa integriert waren – ein Ziel, das wir in den vergangenen 22 Jahren stets angestrebt hatten. Auch ist es für die meisten Letten ein sehr schönes Gefühl, wenn sie ihre nationalen Symbole auf den Euro-Münzen sehen. Das erinnert uns daran, dass unsere Währung mit dem Euro verschmolzen ist, um ein stabileres Ganzes zu bilden. Wir verstehen vollkommen, dass die beste Chance für Europa, um wirtschaftlichen Wohlstand für alle zu erreichen und langfristig Frieden und Stabilität zu sichern darin besteht, zusammenzuhalten.

Krišjānis Kariņš, MdEP EVP (Lettland)

Demokratische Institutionen und Bürgerbeteiligung sind ein "demokratisches Paar" im Zeitalter der Globalisierung

FMA wird im November Gastgeber für ein Ereignis der besonderen Art sein: Mitglieder der "Europäischen Assoziation ehemaliger Abgeordneter der Mitgliedsstaaten des Europarats" (FP - AP) werden zu einem Kolloquium nach Brüssel kommen. Auf der Tagesordnung steht ein gewichtiges Thema, nämlich die Herausforderungen der Demokratie im Zeitalter der Globalisierung und die Frage, wie die demokratischen Institutionen und die Teilhabe der Menschen angesichts dieser Herausforderungen gestärkt werden können. Am Ende wird eine Deklaration zur Abstimmung stehen, deren Entwurf von einem Mitglied der französischen Delegation, Jean-Pierre Fourre erarbeitet wurde.

Zu diesem Entwurf, der auch Thema bei der Generalversammlung von FP-AP im März in Paris sein wird, hat auch FMA eine Reihe von Ergänzungsanträgen gestellt, mit denen unterstrichen werden soll, dass demokratische Institutionen und die Teilhabe der Menschen am politischen Geschehen kein Widerspruch, sondern so etwas wie ein "demokratisches Paar" sind, um gesellschaftliche Akzeptanz des politischen Handelns zu erreichen. Die Teilhabe der Bürger und Bürgerinnen an lokalen und regionalen Prozessen ist eine wichtige Voraussetzung für das Verständnis einer vielfach globalisierten Welt. Die Globalisierung muss eingebunden sein in die demokratischen Grundprinzipien von Gleichheit, Selbstbestimmungsrecht, sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und Verantwortlichkeit, worum die Völker einiger Länder gerade verzweifelt und unter grossen Opfern mit offenem Ausgang kämpfen. Globalisierung ist mehr als ein Geflecht weltweiter Handelsbeziehungen oder sonstiger Verknüpfungen, ohne sich um Menschenrechte, Gleichstellung der Frauen, Chancengleichheit in der Bildung und demokratische Standards zu scheren, wovon viele Länder noch weit entfernt sind. Die demokratischen Werte müssen Teil der Globalisierung werden, auch wenn das Rückschläge bedeuten kann und oft einen langen Atem erfordert. Wir dürfen gespannt sein auf die Diskussion mit ehemaligen Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die nicht direkt gewählt, sondern entsprechend dem jeweils politischen Kräfteverhältnis von den nationalen Parlamenten entsandt werden. Bis 1979 galt das auch für das Europäische Parlament, das bis dahin fast nur Konsultationsrechte hatte.

Mit dem Wahltag für das Europäische Parlament im Mai diesen Jahres können wir dagegen 35 Jahre Direktwahlen und einen erheblichen Ausbau der demokratischen Rechte der Volksvertretung der Europäischen Union begehen. Die Europäische Union ist auch eine Form der (regionalen) Globalisierung, die Wahlen zum Europäischen Parlament sind eine Form der direkten Bürgerbeteiligung, und mit einer Millionen Unterschriften können die Menschen der Mitgliedsländer die Behandlung eines Themas, das ihnen unter den Nägeln brennt, in den Europäischen Institutionen erzwingen. Diese Form der direkten Teilhabe macht deutlich, dass es der die Europäischen Union wichtig ist, dass sich die Bürger mit ihr unmittelbar identifizieren können.

Das Thema der im Herbst zu verabschiedenden Deklaration passt wunderbar in diesen Kontext. Wie immer das Ergebnis im Mai ausfallen wird: es wird offenbaren, inwieweit der Partizipationsprozess gelungen ist oder möglicherweise auch nicht und wo es Handlungsbedarf gibt. 35 Jahre sind ein Wimpernschlag der Geschichte, dafür sind wir schon ganz schön weit gekommen.

Wie weit der erfolgreiche Weg von den Vorläufern der Römischen Verträge bis Lissabon war, ist auf eindrucksvolle Weise im Parlamantarium, dem Besucherzentrum des

Europäischen Parlaments, dargestellt, das wir unserem Besuch von FP-AP auch zeigen möchten.

Karin Junker
PSE (1989-2004)

Bericht über die Seminare an der Nationalen Universität „Kiew-Mohyla-Akademie“ im Rahmen der Jean-Monnet-Tage am 2. und 3. Dezember 2013

A) Das Thema des Seminars mit dem Titel „Zur Zukunft der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU nach dem Gipfeltreffen in Vilnius?“ wurde festgelegt und ausgearbeitet, als noch Hoffnungen auf einen künftigen Beitritt gehegt wurden. Nachdem jedoch Präsident Janukowytsch seine Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen verweigert hatte, war es zu politischen Turbulenzen gekommen, die an den beiden Tagen an der Universität stets allgegenwärtig waren, und die Studenten sahen sich zum Handeln veranlasst und demonstrierten rund um die Uhr auf dem Majdan.

B) Jeden Tag fanden Informationstreffen mit Diplomaten aus der EU, den USA und Kanada statt, auf denen den Demonstranten Unterstützung bekundet, aber keine offen regierungsfeindliche Haltung eingenommen wurde.

C) Ich habe mich zu einem Grußwort auf den Majdan begeben, wie wir es schon 2004 getan hatten. Dort habe ich kurz mit der Tochter von Julija Tymoschenko gesprochen und mich anschließend zu einer Unterredung mit dem Organisationskomitee im Gewerkschaftshaus direkt am Majdan getroffen.

D) Am Montag, dem 2. Dezember, wurde an der Universität der Jean-Monnet-Tag veranstaltet, der ganz normal ablief. 50 Professoren aus dem gesamten Land, die direkt in die Programme der Kommission eingebunden sind, nahmen daran teil, außerdem etwa 30 Studenten. Ebenso anwesend waren Vertreter der Kommission und der französischen Botschaft. Professor Roman Petrow hat die Veranstaltung hervorragend koordiniert, und bei ihm liefen alle Fäden zusammen. Nach meinem Beitrag fanden zwei Gespräche am runden Tisch statt, bei denen große Enttäuschung gegenüber der Regierung der Ukraine, aber auch gegenüber der EU zum Ausdruck gebracht wurde. Alle Teilnehmer wiesen darauf hin, dass am Ende des Assoziierungsverfahrens kein Angebot an die Ukraine steht, der Europäischen Union beizutreten. Doch was die Ukrainer wollen, ist nichts anderes als die Vollmitgliedschaft. Alles andere ist unbefriedigend. Die Studenten haben verlangt, dass die EU ihre Informationskampagne über ihre Ziele fortsetzt, und sie haben nochmals betont, dass eine Liberalisierung der Visaregelung erforderlich ist.

F) Der Folgetag war dem Aufbau des Studiengangs Geschlechterstudien gewidmet. Ich habe in zwei Kursen eines Master-Studiengangs Seminare abgehalten und dabei erläutert, welche Anstrengungen die Ukraine noch unternehmen muss. Der Einfluss der orthodoxen Kirche und das Bestehen Russlands auf der Verteidigung der „traditionellen Werte der Familie“ dürften in starkem Widerspruch zu den liberalen Positionen der EU in den Bereichen, Familie, Abtreibung, Prostitution und Homosexualität stehen. Die für diesen Tag verantwortliche Hochschullehrkraft war Tamara Marzenjuk von der Fakultät für Sozialwissenschaften. Gemeinsam mit Vertretern nichtstaatlicher Organisationen und den Lehrkräften war ich am Abend nochmals auf dem Majdan, auf dem eine revolutionäre Stimmung herrschte.

Die beiden Beamten der Kommission hatten die Anweisung erhalten, nicht mitzukommen und sich nicht unter die Demonstranten auf dem Majdan zu mischen, was zwar bedauerlich, aber verständlich ist.

Allgemein gibt es keine deutliche Unterstützung für Julija Tymoschenko. Im Gegenteil. Ihr Fall gilt generell als Vorwand dafür, dass der Präsident sich geweigert hat, das Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen.

Fazit: Zwei für alle Beteiligten sehr nützliche Tage mit echten Diskussionen in einer Zeit des Protests gegen die Staatsmacht und mit Begeisterung für die europäische Idee.

Anne-Marie Lizin
PSE (1979-1988)

Besuch in der Wirtschaftsuniversität Varna (Bulgarien)

Während meines einwöchigen Aufenthalts an der Wirtschaftsuniversität Varna hielt ich zwei Vorlesungen über Gestaltung der Handelspolitik, eine vor Master-Studenten und eine weitere, die allen Studenten und Universitätsmitarbeitern offenstand. Außerdem nahm ich an einem Rollenspiel mit Studierenden teil, bei dem es um Fragen im Zusammenhang mit den derzeit laufenden Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ging. Es ist ein glücklicher Zufall, dass ich in meiner aktuellen Eigenschaft als Berater des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) derzeit selbst an diesem Thema arbeite. Es war erfreulich, wie gut informiert die Studierenden über eine Reihe komplexer Themen waren, als sie in die Rollen der Verhandlungsführer der USA und der EU schlüpfen. Allerdings musste ich leicht amüsiert höflich darauf hinweisen, dass sie viel eher bereit waren, der anderen Seite nachzugeben, wenn diese stichhaltige Argumente vorbrachte, als sämtliche Verhandlungsführer in Handelsfragen, die mir bisher begegnet sind. Das Englischniveau der Studenten war hoch, und sie wurden in flüssigem Englisch und mit Selbstvertrauen mit komplexen Fragen fertig.

Varna bewirbt sich als „Kulturhauptstadt Europas 2019“. Angesichts seiner reichen und vielfältigen Geschichte hat die Hafenstadt am Schwarzen Meer dabei gute Aussichten auf Erfolg. Varna war zu unterschiedlicher Zeit eine griechische, römische, byzantinische, ottomanische und sowjetische Stadt. Spuren aller Besetzungen finden sich in seiner – alten und neuen – Architektur; derzeit werden Überreste aus hellenischer Zeit ausgegraben, und in dem schönen Park am Meer, der die ganze Universität durchzieht gibt es eine „Kosmonautenalle“ mit von Juri Gagarin gepflanzten Bäumen.

Varna war stets ein transeuropäischer Knotenpunkt, und die Stadt ist zuversichtlich, dass sie durch die EU-Mitgliedschaft Bulgariens wieder eine solche Rolle übernehmen kann. Es besteht Anlass zu Optimismus. Das Magazin fDi der Financial Times erklärte Varna zur „südosteuropäischen Stadt der Zukunft“. Zu dieser Zukunft hofft die Wirtschaftsuniversität beitragen zu können.

Die Universität selbst ist das Vermächtnis des aufblühenden Selbstbewusstseins nach der Unabhängigkeit Bulgariens von der Türkei in den Jahrzehnten nach 1880. Varna war schon seit langem eine erfolgreiche unternehmerische Stadt gewesen, als die örtliche Industrie- und Handelskammer erkannte, dass die ökonomische Hochschulbildung gefördert werden muss. Die Planungen dafür begannen 1904 unter der Führung des berühmten Gelehrten Zani Kaljandschiew, der in Moskau und Zürich studiert und als Industriechemiker in den USA gearbeitet hatte.

Die Kammer sandte Kaljandschiew auf eine Mission nach Europa, um weitere solche Initiativen in Europa zu ermitteln und Dozenten anzuwerben.

Leider kamen Kriege dazwischen und die Idee der Gründung einer Universität wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg wiederbelebt; 1921 wurde die neue Universität schließlich eröffnet.

Die Universität übernahm rasch eine Brückenfunktion zwischen jungen bulgarischen Intellektuellen und Europa – doch dies wurde erneut brutal von dem Krieg unterbrochen, der ganz Europa erfasste. Traurigerweise führte die Besetzung Bulgariens durch die Sowjets zur selben intellektuellen Versteinerung der akademischen Forschung wie es im Rest Mittel- und Osteuropas durch den Stalinismus geschah.

Für die jungen Studenten, die heute an der Wirtschaftsuniversität studieren, ist diese traurige Episode mittlerweile Geschichte. Die Universität kann an die Herausforderungen und die Begeisterung ihrer Gründerjahre anknüpfen, allerdings mit einem Schuss Realismus, der nahelegt, dass die Zukunft vieler junger Bulgaren sehr wohl im Ausland liegen könnte.

Hoffen wir, dass durch den Rückfall in den Protektionismus auf dem Arbeitsmarkt der EU die Zukunftschancen der intelligenten jungen Studenten, mit denen ich in Varna zusammengetroffen bin, nicht beeinträchtigt werden.

Michael Hindley

Mitglied des Europäischen Parlaments von 1984 bis 1999

Nelson Mandela

„Ich habe mein Leben dem Kampf des afrikanischen Volkes gewidmet.

Ich habe gegen die Unterdrückung durch die Weißen gekämpft und ich habe gegen die Unterdrückung durch die Schwarzen gekämpft. Ich habe das Ideal einer demokratischen und freien Gesellschaft, in der alle Menschen in Harmonie miteinander leben, und in der allen die gleichen Chancen haben, hoch geschätzt. Es ist ein Ideal, für das ich zu leben hoffe und von dem ich hoffe, dass ich es verwirkliche. Aber wenn es sein muss, bin ich bereit, für dieses Ideal zu sterben.“ So lauteten Nelson Mandelas Worte in seiner Abschlussrede beim Rivonia-Prozess von 1964, bei dem er voll und ganz davon ausging, dass ein Schuldspruch mit der Todesstrafe einhergehen würde.

Wie viele Politiker hätten heutzutage denselben Mut wie Nelson Mandela, für ihre Überzeugung einzustehen?

Zu der Zeit bekam Mandela, oder auch Madiba, wie er liebevoll genannt wurde, von vielen im Westen nicht deren volle Unterstützung. Viele, wie Margaret Thatcher, sahen aufgrund seiner Beziehungen zu der Organisation Umkhonto we Sizwe (sowie seiner Rolle bei deren Gründung), dem militärischen Arm des „African National Congress“ (ANC), in ihm einen Terroristen. Viele sahen in ihm einen Kommunisten, er selbst aber sah sich als afrikanischen Patrioten, der eine parlamentarische Demokratie befürwortete.

Die „National Party“, die während des Krieges ein nationalsozialistisches Deutschland unterstützt hatte, gewann die Parlamentswahlen (die den Weißen vorbehalten war) im Jahr 1948, und die Apartheid war geboren. Die Unterdrückung aller Menschen, die nicht weiß waren, insbesondere aber der schwarzen Bevölkerung, war der Grund, weshalb sich Mandela 16 Jahre später gemeinsam mit seinen Mitangeklagten, auf der Anklagebank wieder fand. Für viele Menschen ist es unglaublich, dass es nie zu einem Blutbad kam, als das Regime endlich

gestürzt wurde. Der Grund hierfür war, dass der ANC, ganz besonders aber Mandela, dazu gewillt waren, zu vergeben, und sie Frieden und Aussöhnung anstelle von Rache anstrebten.

Heutzutage gibt es viele interne Kritiker der Politik in Südafrika. Selbst Desmond Tutu meint, dass Mandela zu loyal gegenüber den unfähigen Ministern seiner Regierung gewesen sei. Der ANC hatte als Freiheitsbewegung klare Ziele, der ANC als Regierungspartei jedoch folgte einer anderen Dynamik. Was Südafrika fehlt, ist eine fähige Opposition, die den ANC herausfordern kann, damit das parlamentarische System so funktioniert, wie es Mandela gewollt hätte („Ich habe großen Respekt vor den politischen Institutionen Großbritanniens und für das Rechtssystem dieses Landes. Ich halte das britische Parlament für das demokratischste der Welt.“).

Mandelas Loyalität ging weit über die Politik hinaus. Auf die Frage, ob er ein gläubiger Mann sei, antwortete er: „Ich bin ein gläubiger Methodist.“ Es waren methodistische Missionare, die ihn ausgebildet und seiner Familie geholfen hatten. Das hat er nie vergessen.

Bei seinem ersten Besuch im Vereinigten Königreich als Präsident Südafrikas, war er als Gast der Königin im Buckingham Palast untergebracht. Er rief eine ältere Dame, Marjorie Clayton, in Redcar im Nordosten von England an, um ihr zu danken. Sie war 1956 als Missionarin nach Südafrika gegangen. Sie kannte die Familie Mandela, und als Nelson in Haft war, baten seine Eltern sie darum, ihm Kleinigkeiten ins Gefängnis zu bringen. Sie gingen gemeinsam zum Heiligen Abendmahl und sie versorgte ihn mit Büchern. Dieser Telefonanruf bezeugt die Demut, die den Mann bei all seiner Größe prägte.

Dieser demütige Mann, der bereit war, für seine Überzeugung zu sterben, steht auf einer Ebene mit Gandhi und Martin Luther King Junior – als einer der Anführer im Kampf gegen Unterdrückung im 20. Jahrhundert. Er wird uns fehlen.

Terence WYNN
PSE (1989-2006)

Kann China ein umweltpolitisches Vorbild werden?

„Wir bemühen uns um stetiges Wachstum und wollen gleichzeitig die Umwelt schützen. Darin liegt ein Widerspruch.“ Diese Erkenntnis, dass zwischen der Steigerung des BIP und dem Umweltschutz ein Gegensatz besteht, wurde von Vizeminister Li Jinjun vor einer Besuchergruppe der Europäischen Grünen Partei Anfang Januar (unter Leitung von Philippe Lamberts, MdEP) ausgesprochen. Ähnlich äußerten sich weitere chinesische Repräsentanten während der gesamten Reiseweche, zu der neben Gesprächen in Peking mit Vertretern des Zentralstaats und der Stadtverwaltung auch ein Besuch des riesigen Sonnenkollektorenareals der Hanergy PV Group in Qinghai und im Hauptquartier des IT-Riesen Huawei in Shenzhen gehörten. Außerdem waren Besuche bei Gewerkschaftern, Menschenrechtsaktivisten, örtlichen Arbeitervereinen und tibetischen Tempeln im Programm vorgesehen.

Auf einer Chinareise wird man unweigerlich den starken Eindruck haben, dass das Land unter den weltweit schwersten Umweltproblemen leidet, während gleichzeitig angenommen wird, dass es sich bei verschiedensten Sparten umweltfreundlicher Technologie zum Weltführer entwickelt. China hat Ausgaben von 500 Mrd. Dollar für die Bekämpfung von Luftverunreinigungen geplant. Nach Berechnungen des Umweltministeriums ist das BIP

wegen Umweltbelastungen um 2,5 % niedriger ausgefallen. Schon im März 2013 stellte Premierminister Li Keqiang fest, China dürfe die Umwelt nicht dem Wachstum opfern. Das heißt nicht, dass die Staatsführung von einem Nullwachstum oder negativen Wachstum ausgeht, denn auch wenn China den Weltrekord in Umweltverschmutzung hält, wird es noch immer lange dauern, bis das Land das gleiche Konsumniveau wie die EU und die USA erreicht.

Ein Beispiel: Im Jahr 2000 wurden in China 1,8 Millionen Kraftfahrzeuge verkauft, in den USA 17,4 Millionen. Bis 2013 hatte sich diese Zahl in China auf 21 Millionen erhöht, und für 2020 wird mit 34,7 Millionen gerechnet, d. h. doppelt so viele Kraftfahrzeuge wie dann in den USA abgesetzt werden. Trotz dieser raschen Zunahme bei Autos wird es aber in China 2020 noch immer nur 16 Autos pro 100 Einwohner (im Alter von 15 bis 79) geben, dagegen 99 in den USA, 69 in Deutschland und 79 in Frankreich. Aufgrund solcher nüchterner Fakten beharren Vertreter des Landes darauf, dass China als „Entwicklungsland“ zu gelten hat.

Der Besuch der Europäischen Grünen Partei in China fiel in eine Zeit – nach der dritten Tagung des 18. Plenums des Zentralkomitees –, in der manche umwälzende Neuerungen auf den Weg kamen. Inzwischen soll das Wachstum nicht mehr von Investitionen und Ausfuhren angekurbelt werden, sondern vom Binnenkonsum. Indirekt kann sich daraus ein besserer Zustand der Umwelt ergeben, denn es gilt Rücksicht auf die Besorgnis der Menschen gegenüber Luftbelastung, umweltschädlichen Stoffen in Produkten usw. zu nehmen. Einer Meinungsumfrage vom September 2013 zufolge nimmt die Beunruhigung der Chinesen über Umweltprobleme rasch zu. Von 2008 bis 2013 ist der Anteil derjenigen, die um die Luftqualität besorgt sind, von 31 auf 47 % gestiegen, im Bereich Lebensmittelsicherheit von 12 auf 38 %, im Bereich Wasserqualität von 28 auf 40 % (PEW, 19.9.2013, Environmental Concerns on the Rise in China).

Damit stellt sich die Frage: Werden die zentral beschlossenen Zielvorgaben wirklich umgesetzt? Manche Kommentatoren haben hier und da mit dem Gedanken gespielt, das zentralstaatliche System in China sei besser als westliche Demokratien geeignet, mit den weltweiten Umweltproblemen fertig zu werden. Andererseits leidet das chinesische Modell natürlich an erheblichen Negativposten in Form eines Demokratiedefizits und geschwächter Menschenrechte, was wir aus nächster Nähe bei den Treffen mit Menschenrechtsaktivisten erleben konnten, denen Verfolgung, Schikanen und Haftstrafen drohen.

Außerdem trafen wir auf mehrere Beobachter, die daran zweifeln, dass es in China einen entscheidungsfähigen Zentralstaat gebe. „Es gibt in China keinen ‚Binnenmarkt‘“, behauptete ein Beamter in der EU-Delegation in Peking. „Es ist kein Staat, sondern ein Imperium. Es kommt zu Streit über gestärkte zentralstaatliche Macht.“ Ein ähnliches Bild zeichneten sowohl chinesische Funktionäre und Oppositionelle als auch ausländische Experten. Eine drastische Formulierung steht in einem Buch aus neuerer Zeit von Jonathan Waters „When a billion Chinese jump“ (Wenn eine Milliarde Chinesen hüpfen) (2010). Er behauptet, in China träten die schlimmsten Formen von Diktatur ebenso wie von Demokratie auf: „Die Macht liegt weder ganz oben noch ganz unten, sondern bei der Mittelklasse aus Baufirmen, Umweltverschmutzern und kommunalen Beamten, die sich nur schwer regulieren, überwachen und herausfordern lassen.“

Sollte Waters Recht haben, besteht die Gefahr, dass die Umweltschutzzielvorgaben der chinesischen Zentralregierung wirkungslos bleiben. Das wäre nicht gut. Zugleich wäre es schade, wenn in einer autoritären Staatsform den Umweltherausforderungen besser begegnet

würde als in Demokratien. Die einzige Lösung ist sicherlich darin zu suchen, dass die Demokratien der Welt, mit der EU an der Spitze, eine weitaus radikalere Umweltschutzpolitik als bisher zustande bringen.

Per Gahrton MdEP 1995–2004 (Die Grünen)

Zugang zu Sanitäranlagen, ein große Herausforderung bei der Entwicklung des Südens

Im Jahr 2015 wird die Europäische Union das Europäische Jahr der Entwicklung begehen, und dies ist ebenfalls das Jahr, in dem für die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2002 Bilanz gezogen wird. Bei einigen der Millenniums-Ziele konnten nennenswerte Erfolge verzeichnet werden: Die extreme Armut geht zurück, die Zahl der Personen ohne Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung wurde seit 2002 halbiert, die Gleichstellung zwischen Mädchen und Jungen im Bildungswesen wurde verbessert, die Zahl der Malaria-Todesfälle ist zurückgegangen, usw.

Bis heute haben 2,5 Milliarden Menschen keinen Zugang zu ordentlichen sanitären Einrichtungen. Keine Toilette zu haben heißt, ganz abgesehen von den Zahlen, dass die Bedürfnisse im Freien verrichtet werden müssen. Es handelt sich also um eine bedeutende Herausforderung für die Entwicklung.

Anlässlich der Eröffnung der öffentlichen Toiletten in Antananarivo in Madagaskar im Jahr 2009 wurde mir die Größe dieser Herausforderung vollumfänglich klar. Das Projekt, das von den Nichtregierungsorganisationen „Enda Océan Indien“ und „Handicap International“ mit Unterstützung der Stadt Paris durchgeführt wurde, zielte auf den Markt und den Busbahnhof von Andravohangy ab. Dort bekam ich einen Schock. Die räumlich beengten und unhygienischen Verhältnisse waren katastrophal. Jenseits aller Intimsphäre wurde jeder hinterste Winkel als zusätzliche Toilette genutzt. Wie ist es möglich, dass eine solch unwürdige Situation am Anfang des 21. Jahrhunderts besteht? Durch den Bau von Toiletten wurde zu einer merklichen Verbesserung der persönlichen Hygiene, mehr Komfort und Würde der Marktbesucher beigetragen. Das Projekt stellt einen ersten Schritt dar, aber die Herausforderung für Antananarivo bleibt durchaus bestehen, denn es geht um mehr als die bloße Installation notwendiger sanitärer Einrichtungen: Es geht um die Frage der dauerhaften Abwasserentsorgung, die grundsätzlich behandelt werden muss.

Keinen Zugang zu Toiletten zu haben bedeutet auch einen dramatischen Mangel an Intimsphäre, der für Frauen bedrohlich ist. Wie soll ein junges Mädchen normal zur Schule gehen, wenn es dort keine sanitären Anlagen gibt? Manchmal gibt es Behelfslatrinen, allerdings ohne Verriegelung und ohne eine Unterteilung nach Mädchen und Jungen. Ich betone diesen Punkt, denn es ist für Frauen, die eine öffentliche Toilette benutzen, eine dauernde Frage der Sicherheit. Es ist ein Thema, dass die Würde eines jeden und einer jeden betrifft.

Das Fehlen von Toiletten ist ebenfalls eine Herausforderung für die öffentliche Gesundheit. Ein trauriges Beispiel hierfür ist der Ausbruch der Cholera, die einige Monate nach dem Erdbeben im Januar 2010 auf Haiti wütete. Nach dem Beben, das verheerende Zerstörungen in der Stadt Port-au-Prince und ihrer Umgebung anrichtete, lebten 1,5 Millionen Menschen im Freien, in Notunterkünften, ohne Wasser und Latrinen. Als dann die Cholera ausbrach, wurde dies zum Desaster. Im Laufe von zwei Jahren wurden mehr als 679.000 Haitianer infiziert.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung von durch Wasser übertragenen Krankheiten ist die Hygieneerziehung ebenso wichtig. Um diesen Krankheiten vorzubeugen ist es mit am wirksamsten, sich die Hände mit Seife zu waschen. Sollte man diese bewährte Praxis in Europa außer Acht lassen, droht im schlimmsten Fall eine ordentliche Magen-Darm-Verstimmung. Im Süden sterben Menschen an Durchfall. Jedes Jahr sterben ungefähr 2,2 Millionen Menschen daran, die Mehrheit davon Kinder. Deshalb muss der Lernprozess vorrangig an den Schulen stattfinden. Somit können die Schüler und Schülerinnen mit den so erworbenen Grundlagen in Hygienepaxis anschließend das Verhalten innerhalb ihrer Familien beeinflussen.

Da der Zugang zu sanitären Einrichtungen auf vielfältige Bereiche des Alltagslebens Einfluss hat, ist er ein wesentlicher Aspekt im Kampf gegen die Armut. Bei der Haushaltsplanung der EU für 2014-2020 – insbesondere für das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit – muss diese Herausforderung zu einer Priorität in den Programmen für globale öffentliche Güter und Organisationen der Zivilgesellschaft und lokale Behörden werden.

**Pierre Schapira, stellvertretender Bürgermeister von Paris, zuständig für internationale Beziehungen, Europaangelegenheiten und Frankophonie.
Ehemaliges MdEP**

2014

Lebendiges Erinnern – lebendiges Jetzt - für eine lebendige Zukunft

Für sie, die lebendige Zukunft voller Optimismus und voller Innovationen zum Wohle der Menschen, treten wir in der Europäischen Union ein!

Ebenso voller Dankbarkeit für Überstandenes in den Schreckensstunden der beiden Weltkriege und Anerkennung für Geleistetes durch Wiederaufbau nach den Kriegen sowie unter Bewahrung unseres Geschichtsbewusstseins, das eine gute Basis ist für die Europäische Union bis heute!

Weihnachten 2013 wurde der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974 – 1982) 95 Jahre alt. Als Zeitzeuge des 20. Jahrhunderts warnt er vor schleichendem Vergessen und wahrzunehmender Enttäuschung: Erst die Hilfe vieler Völker nach dem 2. Weltkrieg hätte es den Deutschen ermöglicht, in die Geschichte der Menschheit zurückzukehren! So ist die nachfolgende Friedenszeit das Gemeinschaftswerk der Europäischen Union, nicht eines Einzelnen.

Einigen ist's dennoch unbehaglich:

Es besteht eine heftige Unwucht in der EU, noch klaffen Arm und Reich auseinander, und die Jugendarbeitslosigkeit ist ein drohendes Damoklesschwert über unserem (sozialen) Frieden! Wütendes Aufrechnen und populistische Angriffe gegen eine unvollkommene Demokratie sind nicht das Gebot der Stunde, sondern Großmut, Demut und harte Arbeit am stabilen Haus der Europäischen Union! Denn wer wollte nicht darin wohnen?! Politische Geborgenheit durch Zusammenhalt und Wertschätzung unserer europäischen Werte wärmt und ist ein gelungenes Gegengewicht gegen kalte Wirtschaftsrichtung!

Auch die Diktaturen des 20. Jahrhunderts zeigten sich menschenverachtend. Eine Warnung an uns alle! Umso mehr sollten wir das pflegen, was wir in der Zwischenzeit bis heute schon erreicht haben! Dazu zählt auch die gemeinsame Währung.

Wir gedenken 2014 vieler besonderer Ereignisse: Sie verpflichten uns normale Menschen, Gelehrte und Zeitzeugen, die immer rarer werden, die Daten des gerade vergangenen 20. Jahrhunderts immer wieder in unserem kollektiven Gedächtnis zu verankern!

Es fällt auf, dass es gerade in diesen Tagen einen Boom des Rückblicks gibt – das hat mit den 68ern begonnen, dennoch wurde in Familien und Schulen nur wenig darüber gesprochen. Doch nun gibt es einen neuen Schub zur Vergangenheitsbewältigung – das Jahr 2014 ist eine gute Gelegenheit dazu!

Um welche Ereignisse geht es besonders – Sie mögen diese gerne ergänzen:

um den Beginn des 1. Weltkrieges 1914 (100 Jahre)

um den Beginn des 2. Weltkrieges (75 Jahre)

um die friedliche Revolution mit dem Fall der Mauer in Berlin 1989 (25 Jahre) und dem Zerfall des Sowjetreiches – spektakulär und mit so nicht erwarteter Explosivkraft

Dies Geschehen eröffnete eine neue Dimension und schlägt gewissermaßen eine Brücke zu 2004 (10 Jahre), dem vorläufigen Höhepunkt der Europäischen Union durch die Ost-Erweiterung, fortgeführt 2013 mit der Aufnahme des 28. Mitgliedsstaates!

Es geht 2014 auch

um die Olympischen Spiele im russischen Sotschi! Wobei die Idee nach wie vor besticht! Die Form allerdings sollte dringend überdacht werden!

Und wenige Wochen später,

im Mai 2014,

haben wir wieder eine Europawahl! Mit neuen Akzenten gemäß dem Lissabonner Vertrag.

Ja, die Wirtschafts- und Finanzkrise wird uns noch weiter beschäftigen, und das Gesicht der Europäischen Union muss verbessert werden. Europa kann Krisen meistern! Wir haben das gerade bewiesen! Wir dürfen nur das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen verlieren! Und diese wahre Lehre sollte keine Schüler finden?!

Beenden wir das hohle Spiel: Brüssel bestimmt – und zu Hause sind wir dagegen! Stellen wir die Dinge richtig!

Nutzen wir dieses denkwürdige Jahr 2014! Für unsere Zukunft!

Nutzen Sie dazu auch die FMA-Veranstaltungen wie die Annual Dinners, die Seminare, One-Day-Visits und Get-together-Lunchs. Schreiben Sie uns Ihre 2014-Gedanken unter www.formermembers.eu!

Brigitte LANGEHAGEN

PPE-DE (1990-2004)

Die EU als „Weberin des Friedens“.

Im Jahr 1914 brach der europäische Bürgerkrieg aus, der Zerstörung mit sich brachte und bis zum Jahr 1945 andauern sollte. Er war der Grund dafür, dass auf der ganzen Welt beinahe 100 Millionen Menschen den Tod fanden. Die meisten unter ihnen waren Zivilisten.

Im Jahr 2012 wurde der Europäischen Union der Nobelpreis zuerkannt, für den „Beitrag, den die EU über sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa geleistet hat“.

Diese Veränderung wurde durch die geduldige und unermüdliche Arbeit des „politischen Webens“ ermöglicht.

Die Geschichte Europas ist größtenteils von inneren Unruhen und kriegerischen Auseinandersetzungen geprägt, auch wenn die einander nachfolgenden politischen Führer für sich in Anspruch nahmen, Friedensstifter ihrer Zeit zu sein.

Die einzige Repräsentation des Friedens, die seit der Antike überdauert hat, sind die Olympischen Spiele.

Athene, die Göttin der Weisheit, verkörpert die Künste der Weberei und der gerechten Kriegsführung. Sie bestrafte Arachne für die Erschaffung eines Wandteppichs, der den Raub der Europa durch Zeus darstellte, und zerstörte diesen. Daraufhin erhängte sich die gedemütigte Arachne. Athene verwandelte Arachne in eine Spinne und verdammt sie und ihre Nachkommen dazu, bis in alle Ewigkeit zu weben. Zudem beschützte Athene Odysseus und Penelope.

Die Gründer der EU teilten diese Erfahrung des sorgfältigen Abwägens zwischen dem Spinnennetz des Krieges und dem Wandteppich des Friedens. Die Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 führte zur Entstehung der EU, so wie wir sie heute kennen: „Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen. Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen.“ Gleichzeitig wurde mit dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl die grundlegende Struktur der heutigen EU geschaffen. Diese unermüdliche Arbeit des „Webens“ resultierte neben einigen gescheiterten Verträgen im erfolgreichen Abschluss von zehn Verträgen. Bei diesem Prozess des „Webens“ handelt es sich somit um einen fortlaufenden Schaffensprozess, der von Rückschritten und Fortschritten sowie Höhen und Tiefen gekennzeichnet ist. Im Tangoschritt.

Der nächste entscheidende Schritt war der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957. Dieser war nicht nur ein Vertrag zwischen souveränen Staaten, sondern auch eine Öffnung gegenüber der Gesamtgesellschaft. Der Gerichtshof begrüßte dies, da man die unmittelbare Anwendbarkeit des Europäischen Rechts auf die Bürgerinnen und Bürger erkannte.

Die Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht über die Europäische Union markierte das Ende des Kalten Krieges und war die Geburtsstunde der Europäischen Union. Im Vertrag von Lissabon schließlich wurde zum ersten Mal die politische Dimension festgehalten.

Wie aber gestaltet sich das globale Kräftegleichgewicht aus europäischer Sicht, ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Berliner Mauer und am Vorabend des Datums, an dem sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal jährt? Tatsache ist, dass die EU zwar nur für sieben Prozent der Weltbevölkerung, wohl aber für 23 Prozent des weltweiten Wirtschaftsverkehrs und 50 Prozent der Sozialausgaben steht.

Die Weltbühne wird von den G20 dominiert. China und Indien sind ins Rampenlicht zurückgekehrt, gemeinsam mit anderen, aufstrebenden Ländern. Die Herausforderung besteht darin, die G20-Staaten unter dem Dach der Vereinten Nationen zu einen, und nicht darin, dieses zu ersetzen.

Gleichzeitig sind wir Europäer bestrebt, die Krise zu überwinden und unsere gemeinsamen Projekte zu stärken. Obgleich einige der Ansicht sind, dass sie sich in einem Spinnennetz verfangen haben, sind doch die meisten unter uns der Ansicht, dass wir unsere Anstrengungen fortsetzen müssen, indem wir mit Achtsamkeit an der Struktur eines noch mehr geeinten Europa weben.

Im Jahr 2014 werden wir die Möglichkeit haben, zu entscheiden, ob wir den eingeschlagenen Pfad weiter gehen wollen, der den Krieg zwischen Europäern in die Annalen der Geschichte verbannt hat, oder ob wir die Büchse der Pandora öffnen wollen, was untragbare Folgen haben könnte.

Enrique Barón Crespo

Hin zu einer altersfreundlichen Europäischen Union

Ich war nur kurze Zeit Mitglied des Europäischen Parlaments (1989-1994), doch hat diese faszinierende Zeit mich für meine weitere Laufbahn inspiriert. Dies gilt sowohl für meine Professur an der Katholischen Universität Löwen als auch für meine Mandate in der nationalen und lokalen Politik. Seit Kurzem befasse ich mich wieder mit europäischer Politik. Seit dem 8. November 2013 bin ich Präsidentin der Europäischen Senioren Union (ESU) (European Seniors Union), einer Mitgliedsorganisation der Europäischen Volkspartei (EVP) (European People's Party, EPP). Es handelt sich um eine Funktion, die ehrenamtlich wahrnehme. Sie erfordert viel Zeit und Engagement. Sie bedeutet „aktive Bürgerschaft“ im Alltag mit und für Senioren. Die demografischen Entwicklungen stehen im Mittelpunkt unserer Tätigkeit. Jeder Tag bringt neue Herausforderungen: Gespräche mit Menschen aus ganz Europa, die Notwendigkeit einer „altersfreundlichen Politik“, und immer wieder die Frage, wie wir das Vertrauen in Europa wiederherstellen können. Die Zusammenarbeit mit Menschen, die dazu beigetragen haben, das Fundament für ein Europa des Friedens, der Freiheit und der Zusammenarbeit zu legen, berührt mich. Ich erfahre dies als „lebenslanges Lernen“; ich genieße die Kontakte, aber es ärgert mich auch oft, dass die früheren Fragen über transparentes Management und Einbeziehung der Bürger nach wie vor ein Thema sind. Die Skepsis gegenüber der EU ist sehr groß, kommt aber in den einzelnen Mitgliedstaaten und den einzelnen Bevölkerungsschichten und -gruppen auf sehr unterschiedliche Weise zum Ausdruck, je nach Alter, Bildung und Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dieser EU-Skepsis kann man jedoch nicht mit solchen fröhlichen Werbefilmchen begegnen, wie sie im vergangenen „Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ produziert wurden. Ich denke, dass nur die Erfahrungen mit einer Politik, die sich um den konkreten Alltag kümmert, dieser Skepsis etwas entgegensetzen können, und es geht nichts über die direkten und ehrlichen Gespräche zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den verantwortlichen Politikern.

Diesen Dialog zwischen Bürgern und Politikern möchte ich in meiner politischen Familie mit vorantreiben. Vor allem mit und für Senioren. Dadurch fühle ich mich mit älteren Menschen in der ganzen Welt, die sich seit mehreren Jahrzehnten bereits für die Achtung vor älteren Menschen und ihre aktive Teilhabe an der Gesellschaft einsetzen, verbunden. Allmählich gehören Konzepte und Aktionspläne wie „Aktivität und Gesundheit im Alter“, "eine altersfreundliche Gesellschaft" und "Solidarität zwischen den Generationen" zum Mainstream. In allen Bereichen gibt es Themen, die ältere Menschen betreffen. Ich erfuhr dies vor einigen Monaten, als ich im Europäischen Parlament an einem Gespräch am Runden Tisch über Tourismus teilnahm (siehe dazu: <http://www.europarl.europa.eu/ep-live/en/committees/video?event=20130905-1500-COMMITTEE-TRAN>). Eine längere Lebenserwartung wird in der öffentlichen Debatte noch allzu oft als Last und Bedrohung gesehen. Sie ist jedoch sowohl für ältere Menschen als auch für die Gesellschaft als Ganzes eine gewaltige Chance und Herausforderung. Darum lohnt sich das Ziel, das Konzept der altersfreundlichen Gesellschaft in alle Politikfelder einfließen zu lassen, auf jeden Fall.

An Hermans
(Belgien, MdEP 1989-1994, EVP)

GRÜNE BESTEUERUNG IN EUROPA – DIE 20-20-20-ZIELE

„Eine globale Herausforderung“, so lautet der Titel der Einleitung des Buches „Grüne Besteuerung in Europa – die 20-20-20-Ziele“ von Enrique Barón Crespo, in dem er die These vertritt, dass „der Aufbau einer nachhaltigen Volkswirtschaft im Mittelpunkt der internationalen Agenda steht, seitdem die Abkommen auf dem Rio-Gipfel von 1992 angenommen wurden“ sowie dass die Europäische Union „ein Pionier im Kampf gegen den Klimawandel im Rahmen des Kyoto-Protokoll“ sei und dass nachhaltige Entwicklung bedeute, sich um die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation zu kümmern, ohne die Bedürfnisse künftiger Generationen dadurch aufs Spiel zu setzen.

An dem Buch haben sechs weitere Verfasser mitgewirkt, von denen ich zwei andere frühere MdEP (Joan Colom i Naval und Rolf Linkhor) mit ihren Beiträgen herausgreifen möchte. Colom befasst sich mit der „Ökologischen Besteuerung im Finanzrahmen 2013-2020 der EU“ und nimmt eine eingehende Analyse der Einwände vor, die von den betroffenen Produktionszweigen zu erwarten sind. Anschließend erläutert er die Hauptwesensmerkmale dieser Ökosteuern und vergleicht dann die Erfahrungen einzelner Mitgliedsstaaten. Er weist darauf hin, dass die Gesamteinnahmen aus den Ökosteuern, die von den Zentralregierungen der 27 EU-Mitgliedstaaten generiert wurden, 2,5 % des BIP von 2007 entsprachen, also zweieinhalbmal so hoch wie der EU-Haushalt (1 % des Gesamt-BIP) waren. Nach seiner Auffassung waren die zunehmenden Anzeichen für den Klimawandel die Hauptursache dafür, dass immer mehr Ökosteuern eingeführt wurden. In dem Kapitel von Colom werden des Weiteren die Hintergründe des gegenwärtigen Vorschlags zu Eigenmitteln beleuchtet und erläutert, in wieweit der endgültige Wortlaut den vorhergehenden Fassungen nicht entspricht und den gegenwärtigen Umweltproblemen nicht gerecht wird. Abschließend stellt der Verfasser seinen eigenen Vorschlag für eine zentral in der gesamten EU erhobene Energiesteuer vor.

Rolf Linkhor nimmt in seinem Kapitel „Die Erfahrungen Deutschlands mit der Ökosteuer und ihre Auswirkungen auf die Energiepolitik“ den großen Erfahrungsschatz des Landes in Bezug auf dieses Thema unter die Lupe. Am Ende gibt es eine sehr interessante (nachträglich hinzugefügte) Schilderung der Auswirkungen des Unfalls von Fukushima auf den deutschen Energiekonsens.

Die weiteren Kapitel des Buches sind „Die Einführung der CO2-Steuer in Schweden“ von Henrik Hammar und Susanne Åkerfeldt, „Die Einführung der Kohlendioxidsteuer in Frankreich, europäische Instrumente gegen den Klimawandel und die Fortschritte und Rückschläge bei der Einführung der Kohlendioxidsteuer in den USA“ von S. Andoura und P. Coëffé sowie „Die gegenwärtige Lage und die Probleme eines nachhaltigen Steuersystems in Spanien“ von R. Estévez und A. Barón.

Camilo Nogueira,
Ingenieur und Volkswirt, früheres Mitglied des Europäischen Parlaments

IN AND OUT OF EUROPE **Erinnerungen eines ehemaligen Mitglieds des Europäischen Parlaments**

Andrew Pearce wurde 1979 bei der ersten Direktwahl ins Europäische Parlament gewählt. Als Mitglied der britischen Konservativen vertrat er im Parlament den Wahlkreis Merseyside and Cheshire, dessen einzig gewählter Abgeordneter er damals war. Dies tat er zehn Jahre lang.

Vor seiner Wahl ins Europäische Parlament war er Beamter bei der Kommission, zu der er nach seiner Abgeordnetenzeit zurückkehrte. Insofern hatte er den Vorteil, das Europäische Parlament aus der Sicht des Beamten und die Kommission aus der Sicht eines Mitglieds des Europäischen Parlaments betrachten zu können.

Sein neues Buch „In and Out of Europe“ ist ein unterhaltsamer Rückblick auf seine Zeit bei den beiden Organen. Der Wahlkreis Cheshire West, den er vertrat, war von Industrie und Landwirtschaft gleichermaßen geprägt. In seinem Wahlkreis vertrat er daher die Werftarbeiter, und in jenen Tagen besaß der Liverpools Hafen einen großen Stellenwert für die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs. Diesen büßte er jedoch ein, weil die Werften die Veränderungen im Welthandel, die der Einsatz von Containern mit sich brachte, nicht hinnehmen wollten. Darüber hinaus zählten zu denen, die er im Wahlkreis vertrat, einige der reichsten Männer Englands – der Herzog von Westminster, der Graf von Derby und Industrielle wie Lord Leverhulme, ein aufgeklärter Kapitalist, der eine Arbeitersiedlung gründete, die nach einer der Marken seines Unternehmens „Port Sunlight“ genannt wurde.

Andrew Pearce war ein erfahrenes Mitglied des Europäischen Parlaments. Er gehörte dem Parlamentsausschuss für die ehemaligen Kolonien in Afrika, in der Karibik und im Pazifik, die AKP-Staaten, an. An seinen Memoiren faszinieren seine Beschreibungen der Besuche in afrikanischen Krisengebieten wie Angola, wo er verhaftet wurde und eine Nacht in einem ehemaligen Bordell für Angehörige der portugiesischen Armee verbringen musste.

Es war beschwerlich, das exotische Leben eines Weltreisenden mit der Vertretung der vielfältigen Interessen von knapp einer halben Million Wähler zu verbinden. Als Andrew Pearce Abgeordneter im Europäischen Parlament war, hatte er nicht mit den Problemen zu kämpfen, die der zunehmende Euroskeptizismus im Vereinigten Königreich den heutigen Parlamentsabgeordneten beschert hat. Zu seiner Zeit waren die Mitglieder des Europäischen Parlaments gewohnt, dass die örtlichen Behörden in ihren Wahlkreisen sie beeinflussten, um an die „Euroknete“ heranzukommen, die unter anderem Liverpool zur Europäischen Kulturhauptstadt 2008 machen sollte.

Er hält zudem einige Kuriositäten des europäischen Aufbauwerks fest. So war er einst gemeinsam mit anderen Abgeordneten der britischen Konservativen im Europäischen Parlament während eines Besuchs in Rom zu einer Audienz beim Papst eingeladen. Als unerwartetes Hindernis erwies sich jedoch, dass Europaparlamentarier aus anderen Mitgliedstaaten, insbesondere aus Frankreich und den Niederlanden, kritisierten, es sei ein Fehler, dass der Vatikan den Euro eingeführt habe und das Bild des Papstes auf die von den einzelnen Staaten gestaltete Seite der Euromünzen präge, da auf diese Weise Politik und Religion miteinander vermengt würden.

Für die derzeitige Führung der britischen Konservativen Partei, der eine euroskeptische Partei – die Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs (UKIP) – gefährlich geworden ist, hält dieses Buch eine Lektion bereit. Die Labour-Partei hingegen hat mittlerweile ihre Europafeindlichkeit abgelegt.

Bryan Cassidy
PPE-DE (1984-1999)